

EU und Euro am Abgrund Teil 9

Transferunion: die moderne Art von Tribut- und Reparationszahlungen?

Von Hermann Patzak

Seit die Finanz- und Wirtschaftskrise zur Staatsschuldenkrise mutiert ist, kam der Begriff der „**Transferunion**“ in die Schlagzeilen. Die Entwicklung deckt die Schwach- und Bruchstellen von EU und Euro-Union schonungslos auf. Die Europa-Ideologen müssen hilflos zusehen, wie ihr Truggebilde in sich zerfällt. Was steckt hinter dem Begriff „Transferunion“ und was wollen Politiker und Ökonomen, die das Wort verwenden, damit aussagen?

Insbesondere deutsche Volkwirte beklagten, dass aus der Währungsunion durch die Rettungspakete für insolvente Euro-Länder eine Transferunion geworden sei. Mit diesen „Paketen“ haben sich alle (noch zahlungsfähigen) Euro-Länder verpflichtet, die Schulden anderer Euro-Staaten zu übernehmen, wenn diese zahlungsunfähig würden. Die von der Mehrheit der Deutschen abgelehnte Bürgschaft für die Schulden anderer Staaten hat vor allem bei den Politikern aus den hochverschuldeten Ländern Empörung ausgelöst. Sie werfen den Deutschen, ihren Ökonomen und Politikern mangelnde Solidarität vor. Sie gehen dabei sogar so weit, den Exportüberschussländern der EU – in erster Linie also Deutschland – eine Mitschuld an der hohen Verschuldung in den Ländern mit hohem Leistungsbilanzdefizit und hoher Staatsverschuldung zu geben.

Das Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank (EZB), Lorenzo Bini Smaghi aus Italien, flippte förmlich aus, als er am 09.07.2010 mit dem Begriff „Transferunion“ auf einer Konferenz des „Frankfurter Center for Financial Studies“ konfrontiert wurde. Er behauptete: *„Es gibt bisher keine Transferunion und außerdem zahlen die Finnen, je Kopf berechnet, mehr als die Deutschen“*¹. Erstaunlich ist der intellektuelle Lapsus eines Mannes in dieser Führungsposition: Mit dem ersten Satz leugnet er die Existenz einer Transferunion, mit dem nächsten Satz (die Deutschen zahlen weniger als die Finnen) gesteht er ein, dass es sie gibt!

Auch Joschka [Fischer](#), der ehemalige Deutsche Außenminister empörte sich, als er in einem Spiegel-Interview² mit dem Begriff Transferunion konfrontiert wurde, er sagte: *“So ein Unfug! Die Europäische Union war von Anfang an eine Transferunion. Gemeinsamer Markt und Agrarmarkt waren und sind an erster Stelle Transfergarantien für Deutschland und Frankreich.“* Er regte sich also nicht darüber auf, dass man jetzt von einer Transferunion spricht, sondern er sagt, dass diese von Anfang an gewollt war. Damit hat er zwar Recht, aber seine Begründung ist blanker Unsinn: Die Tatsache, dass deutschen und französischen Landwirten aus dem EU-Agrarfonds Gelder ausgezahlt werden, ist nämlich keinesfalls eine Transferzahlung! Eine Transferzahlung kommt erst dadurch zustande, dass es Länder gibt, die aus der EU-Kasse mehr ausgezahlt bekommen als sie einzahlen. Man nennt diese EU-Länder „Nettoempfänger“. Ihnen werden von anderen Ländern, den sogenannten Nettozahlern, Gelder aus dem eigenen Staatshaushalt (Steuergelder) übertragen..

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.07.2010 Seite 9.

² DER SPIEGEL 21/2010, Seite 25.

Damit ist das Wesensmerkmal von Transferzahlungen genannt, aber noch nicht der volle Umfang aller Transferleistungen, die in der EU fließen. Es können nämlich nicht nur Zahlungsmittel, sondern auch Güter und Leistungen zwischen den Ländern übertragen werden, die für den Wohlstand und das Wirtschaftswachstum von großer Bedeutung sind, worauf im einzelnen noch eingegangen wird. Zunächst aber wenden wir uns dem für jedermann ersichtlichen Transfer von Zahlungsmitteln innerhalb der EU zu. Wie hoch sind diese Transferzahlungen und was sollen sie eigentlich bezwecken?

Die Nettozahler und Nettoempfänger in der EU

Verschaffen wir uns einen ersten Überblick über die wichtigsten Nettozahler und Nettoempfänger in der EU aus dem Jahr 2008³:

Tabelle 1

1	2	3	4
Jahr 2008 Nettozahler	Netto Mio. Euro	Einwohner Mio. 2007	Nettozahlg. € je Kopf
Deutschland	7.836	82,3	95,20
Italien	4.637	59,1	78,42
Frankreich	4.495	61,5	73,04
Niederlande	1.551	16,4	94,82
England	993	60,9	16,32
Σ bzw. Ø	19.512		
Griechenl.	-6.201	11,2	-555,06
Polen	-4.330	38,1	-113,57
Portugal	-2.642	10,6	-249,27
Spanien	-2.461	44,5	-55,33
Rumänien	-1.538	21,6	-71,32
Summe	-17.172		

Deutschland zahlte mit 7.836 Mio. € nicht nur den absolut größten Beitrag in die EU-Kasse, sondern auch mit 95,20 € den größten Nettobeitrag pro Kopf. Wir werden später sehen, dass im Jahr 2008 nur noch die Länder Dänemark und Schweden eine höhere Nettozahlung pro Kopf⁴ geleistet haben.

Die untere Hälfte der Tabelle macht deutlich, warum sich immer mehr Länder an die Futtertröge der EU drängen. Sie zeigt die wichtigsten Netto-Empfänger-Länder im Jahr 2008. Griechenland war demnach, absolut und pro Kopf gerechnet, der größte Leistungsempfänger. Die einkassierten 6,2 Mrd. Euro entsprechen rund 2,6 Prozent seines gesamten Bruttoinlandsproduktes (BIP)! Polen hat bei den absoluten Zahlen (Spalte 2) den zweitgrößten Zuschlag noch vor Portugal erhalten, aber pro Kopf gerechnet belegt Polen nur den dritten Platz.

Die Nettozahlungen pro Kopf (Spalte 4), werden von Medien und Politikern bevorzugt herangezogen, doch sie liefern nur ein verzerrtes Bild der wirklichen Belastung, die von den Bürgern der Nettozahler-Länder zu tragen ist. Es kommt nämlich **nicht allein darauf an, wie groß der Nettobeitrag pro Kopf ist**, sondern darauf, **wie groß die Nettozahlung pro Kopf im Verhältnis zu dem Einkommen ist, das der Einzelne im jeweiligen Land erzielt**. Zur Ermittlung der effektiven Belastung des einzelnen Bürgers wird bei den weiteren Untersuchungen das BIP pro Kopf herangezogen.

³ Zahlen aus (1) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.09.2009, Seite 11, sowie aus Bevölkerungs- und BIP-Zahlen aus Eurostat, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/national_accounts/data/main_tables.

⁴ Siehe unten.

In der nachstehenden Tabelle geben die Spalten 5, 6 und 7 die Antwort auf diese Frage. Die Belastungsquoten in Spalte 7 der Tabelle zeigen, dass der deutsche Bürger von allen sechs hier aufgeführten EU-Ländern die mit Abstand höchste Belastung des BIP pro Kopf mit 0,324 Prozent zu tragen hat.

Tabelle 2:

1	2	3	4	5	6	7
Jahr 2008 Nettozahler	Netto Mio. Euro	Einwohner Mio. 2007	Nettozahlg. € je Kopf	BIP in Mio. €	BIP je Kopf	% Gewicht der Netzahl.
Deutschland	7.836	82,3	95,20	2.495.800	30.320,15	0,314%
Italien	4.637	59,1	78,42	1.567.851	26.514,75	0,296%
Frankreich	4.495	61,5	73,04	1.950.085	31.688,95	0,231%
Niederlande	1.551	16,4	94,82	568.664	34.763,68	0,273%
England	993	60,9	16,32	1.818.948	29.890,94	0,055%
Σ bzw. Ø	19.512				Ø →	0,234%

Wie diese Mehrbelastungen im Vergleich zum BIP pro Kopf mit Hilfe der gewichteten Nettozahlungen pro Kopf ganz konkret veranschaulicht werden können, soll am Beispiel eines Vergleichs Deutschland – England und Deutschland – Frankreich gezeigt werden:

Die Nettozahlung Deutschlands pro Kopf in Höhe von 95,20 Euro pro Kopf bedeuten bei einem deutschen BIP pro Kopf von 30.320 Euro eine Belastung von 0,314 Prozent für jeden Deutschen, während das Pro-Kopf BIP jedes Engländers von 29.894 Euro nur mit 0,055 Prozent belastet wird. Das BIP ist in England (30.320,15€ - 29.890,94€) nur um 429 Euro (1,42 Prozent) niedriger als in Deutschland. Die Pro-Kopf Belastung der Engländer macht aber mit $95,2 : 16,32 =$ nur rund $1/6$ (0,16%) im Vergleich zu den Bürgern in Deutschland aus. Oder noch drastischer formuliert: Jeder Deutsche zahlt rund 6 mal so viel in die EU-Kasse wie ein Engländer. Im Falle Englands käme man übrigens auch schon durch einen bloßen pro Kopf-Vergleich zu dieser frappanten Erkenntnis, weil sich das BIP pro Kopf beider Länder nur unwesentlich unterscheidet.

Anders ist das bei dem Vergleich der französischen Belastung mit der deutschen: Die Nettozahlungen pro Kopf unterscheiden sich in diesen beiden Ländern um $95,2 - 73,04 = 22,15$ Euro (23,27 Prozent), die ein Franzose weniger zu zahlen hat als ein Deutscher. Vergleicht man diese niedrigere Nettozahlung mit dem BIP je Kopf, das in Frankreich um $31.689 - 30.320 = 1.369$ Euro höher ist, so kommt man zu dem erstaunlichen Ergebnis, dass der deutsche Bürger um 22,15 Euro mehr bezahlt, obwohl sein Einkommen (gemessen am BIP pro Kopf) um 1.369 Euro niedriger ist. Das macht bei 82 Mio. Bürgern immerhin den stattlichen Betrag von $(22,15 * 82 \text{ Mio.}) = 1,832$ Mrd. Euro aus.

Kommen wir zurück auf die Situation der Zahlungsempfänger. Diese Länder brauchen in Höhe der ihnen zufließenden Gelder keine eigenen Steuern erheben! Das verschafft ihren Unternehmen erhebliche Wettbewerbsvorteile. Sie verfügen aber über Gelder, die in anderen Volkswirtschaften von deren Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital) erarbeitet werden mussten. Diese Gelder hätten, wenn sie richtig angelegt würden, sogar einen Multiplikator-Effekt zur Folge, d.h. sie können das BIP (Volkseinkommen) um ein Mehrfaches steigern. In den Volkswirtschaften aber, denen die Gelder entzogen werden, muss dieser Mittelabfluss die Beschäftigung (erhöhte Arbeitslosigkeit) und das Wirtschaftswachstum verringern.

Die Motive und Folgen der direkten Transferzahlungen

Natürlich drängt sich angesichts der Dimensionen der offen ausgewiesenen Transferzahlungen innerhalb der EU die Frage auf, warum die Nettozahlungsländer

freiwillig Steuergelder an andere EU-Länder abgeben, die sie selbst produktiv und einkommenssteigernd in ihrer eigenen Volkswirtschaft anlegen könnten? Gibt es ökonomische Gründe hierfür? Sind diese Zahlungen eine Art Entwicklungshilfe für die wirtschaftlich zurückgebliebenen Länder in Europa? Dann müssten die auf diese Art und Weise Beschenkten die Transferzahlungen auch sinnvoll, d. h. produktiv nutzen. Im Falle Griechenlands ist das nicht geschehen. Die Gelder wurden in öffentlichen und privaten Konsum gesteckt und die zusätzlich konsumierten Güter und Leistungen wurden importiert.

In Spanien flossen die Gelder zum großen Teil in den privaten und kommerziellen Bau von Wohnungen (Ferienwohnungen). Wenn die EU-Mittel nicht reichten, wurden Schulden aufgenommen. Die EZB schaute der Entwicklung tatenlos zu. Sie wachte über die Inflationsrate aller EU-Länder bei den Konsumgütern – die blieb auch in den südeuropäischen Staaten relativ stabil – aber im Bausektor in Spanien explodierten die Preise förmlich. Und dagegen konnte die EZB, selbst wenn sie es gewollt hätte, nichts tun, denn nun war der einheitliche Geldmarktzins für die ganze EU zum ökonomischen Verhängnis geworden: Wenn im Großteil der europäischen Volkswirtschaften aus beschäftigungspolitischen Gründen niedrige Zinsen notwendig sind, dann kann die EZB nicht für die spanische Bauwirtschaft höhere Zinsen ansetzen, um eine sogenannte „Blasenbildung“ zu verhindern. Jetzt erwies sich Abschaffung der Währungsgrenzen und die Errichtung der Einheitswährung Euro als Fluch. Eine spanische Zentralbank in einem autonomen spanischen Währungsgebiet wäre in der Lage gewesen, den ungezügelter Bauboom zu begrenzen. Die geldpolitischen Steuerungsmittel der für alle Euro-Länder zuständigen EZB versagten. Das war von Anfang an vorhersehbar und war von den Euro-Kritikern vorhergesagt worden, wurde aber von der politischen Elite der ideologisch gesteuerten Euro-Fanatiker von Anfang an ignoriert.

Damit sind wir bereits bei dem nächsten Aspekt des Geldzuflusses aus den EU-Kassen. Dass die alimentierten Länder (Griechenland, Spanien, Portugal und Irland) den reichlichen „Geldsegen“ und die Garantie eines stabilen Euro dazu nutzten, sich bis an die Grenze der Zahlungsunfähigkeit mit zinsgünstigen Krediten verschulden, hatte zwei Ursachen: eine politische und eine ökonomische!

- (1) In parlamentarischen Partei-Demokratien hat sich die Unsitte eingeknistet, dass die Parteien bei jeder Wahl versuchen, durch Wahlversprechen an die Macht zu kommen oder sie zu erhalten, die nur über hohe Staatsschulden finanziert werden können.
- (2) Die Parteien und Regierungen wurden und werden dabei von den großen internationalen Investmentbanken beraten, die ihnen eine leichte Entschuldung bei inflationärer Entwicklung und stetigem Wirtschaftswachstum (das durch die schuldenfinanzierten Staatsausgaben erreicht wird) versprechen. Diese Beratung erstreckte sich im Falle Griechenlands sogar auf die Methoden kreativer Buchführung (Bilanzfälschung durch Falschetikettierung einzelner Haushaltsposten). Die Technik, mittels hoher Schulden reich zu werden, funktioniert allerdings nur bei hoher Einkommenssteigerung (hohen Wachstumsraten) und womöglich noch zusätzlicher inflationärer Entwicklung, die die Schuldentrückzahlung mit leichter Hand ermöglicht. Doch die in den USA losgetretene „Zweite Große Weltwirtschaftskrise“ bereitere dieser Konzeption ein jähes Ende. Das Wachstum brach schlagartig ein, die hohen Schulden aber waren in den Jahren zuvor gemacht worden. Die anfänglich hohen Wachstumsraten führten deshalb zur Zahlungsunfähigkeit und jetzt droht auch noch der zusätzliche Transfer der Staatsschulden auf jene EU-Länder, die zuvor schon ihre Steuergelder jenen Schuldenmachern transferiert hatten. Das war sogar für die Gilde

der deutschen Lehrstuhlökonomen jetzt des Guten zu viel geworden, das war auch der Zeitpunkt, an dem der Begriff Transferunion von ihnen in Umlauf gebracht wurde.

Doch kommen wir noch einmal zurück zur Kernfrage der EU: Was kann die Elite der deutschen Politik – quer durch alle in den Parlamenten vertretenen Parteien – veranlassen, über Jahrzehnte hinweg jährlich zwischen 6 und 8 Mrd. Euro an andere Staaten abzuführen, die sie ja den deutschen Steuerzahlern vorher „abknöpfen“ müssen? Und warum lassen sich die Deutschen das seit über zwei Jahrzehnten gefallen, ohne Anstoß zu nehmen? Es gibt zwei Antworten:

- (1) Die Deutschen wissen gar nicht, wieviel sie die EU kostet und welche Folgen das auf die Beschäftigung (Arbeitslosigkeit) und ihren Wohlstand hat.
- (2) Auch die zweite Antwort ist einfach, doch wer seine gesellschaftliche und berufliche Existenz in Deutschland – „dem freiesten Staat auf deutschem Boden, den es je gab“ – nicht gefährden will, wagt es nicht, sie auszusprechen:

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich in diesem Land eine politische Elite entwickelt (nicht ohne Zutun der Alliierten Siegermächte), die dem EU- und Euro-Wahn verfallen ist, „koste es was es wolle“ (EU-Kommissionspräsident Barroso). Das hat wiederum psychosomatische und sozialpsychologische Ursachen, die mit zwei verlorenen Weltkriegen zusammenhängen, deren Schuld diese „Elite“ bereitwillig übernommen hat, die abzubüßen sie aber jetzt einer Generation auflädt, die dafür wirklich nicht mehr verantwortlich gemacht werden kann. Das aber kommt jenen „Europäern“ gerade recht, die schon immer nach Möglichkeiten suchten, die deutsche Wirtschaftskraft auf die „eigenen Mühlen“ umzuleiten und den immer noch ökonomisch mächtigen Konkurrenten um die Vormacht in Europa (den jetzigen EU-Partner) damit zu schwächen. Der neue tschechische Außenminister, Fürst Karl Schwarzenberg (deutsch-österreichischer Abstammung), brachte den Sachverhalt mit einfachen Worten auf einen Nenner: „Europa funktioniert, so lange die Deutschen zahlen“⁵

Dieser Artikel „EU und Euro am Abgrund“, Teil 9: „Transferunion, die moderne die moderne Art von Tribut- und Reparationszahlungen?“ wird demnächst fortgesetzt mit den Themen: (1) Was Deutschland bei einer „gerechten Verteilung“ der Nettozahlungen gespart und für die eigene Wirtschaftskraft hätte nutzen können und (2) die indirekten Transferleistungen, über die die niemand spricht.

⁵ Deutsche Monatszeitschrift „Zuerst“, 2010, Nr. 7, Seite 14.